

**§218**

# Einladung

## ONLINE PODIUMSDISKUSSION

### **Schwangerschaftsabbruch Recht statt Verurteilung!**

Wie kann die medizinische Versorgung von Schwangerschaftsabbrüchen im Landkreis Marburg-Biedenkopf in Zukunft gesichert werden?

**Mittwoch 14. Juli 2021 | 19.00 bis 20.30 Uhr**

Das Jahr 2021 steht bei pro familia ganz unter dem Motto: 150 Jahre Kriminalisierung sind genug! Schwangerschaftsabbruch – Recht statt Verurteilung.

1871, also vor 150 Jahren, wurde im Reichsstrafgesetzbuch der §218 eingeführt. Frauen, die eine Schwangerschaft abbrechen, drohte eine Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren.

Der pro familia Bundesverband nimmt dieses Datum zum Anlass, eine Debatte zum §218 StGB anzustoßen mit dem Ziel, dass der § 218 aus dem Strafgesetzbuch genommen wird und eine evidenzbasierte Neuregelung im Einklang mit den Menschenrechten umgesetzt wird.

Als örtliche Beratungsstelle wünschen wir uns bundesweit und vor Ort eine konstruktive Auseinandersetzung in Gesellschaft und Politik über die Notwendigkeit einer Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs. Wir möchten darüber diskutieren, wie Alternativen aussehen könnten. Für pro familia steht dabei das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, sexuelle und reproduktive Gesundheit und das Recht auf Familienplanung im Mittelpunkt.

# 150 Jahre Kriminalisierung sind genug!

pro familia Marburg sieht Handlungsbedarf und fordert:

Schwangerschaftsabbruch muss Teil der medizinischen Grundversorgung von Frauen werden. Der fehlende Zugang zu Informationen steht nur am Anfang einer langen Kette an Hürden, mit denen Frauen sich konfrontiert sehen, wenn sie ungewollt schwanger werden. Neben einer häufig noch vorhandenen Tabuisierung, haben Frauen auch mit Stigmatisierung auf gesellschaftlicher und privater Ebene zu kämpfen. Hinzu kommen medizinische Engpässe bei der Versorgung durch Ärzt\*innen vor Ort. Noch begrenzter wird die Auswahl, wenn sich Frauen für eine bestimmte Art des Eingriffs entscheiden wollen. Schon jetzt ist eine flächendeckende Versorgung, auch im Landkreis Marburg Biedenkopf, nicht mehr gewährleistet. Frauen müssen zum Teil lange Strecken zurücklegen, um einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen.

Ziel der Podiumsdiskussion ist es, Prozesse anzustoßen, die den erschwerten Bedingungen, mit denen Frauen sich konfrontiert sehen, entgegenzuwirken.

**Im Verlauf der Diskussion sollen folgende Fragen und Themen umrissen werden:**

- Welche möglichen Auswirkungen sehen die Diskussionsteilnehmer\*innen durch die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch?
- Was bedeutet ein fehlender Zugang zu Informationen für Frauen, die ungewollt schwanger sind?
- Was genau bedeutet Pflichtberatung und was würde ein Recht auf Beratung beinhalten und verändern?
- Wie kommt es, dass die medizinische Versorgung bei einem Schwangerschaftsabbruch sich regional so unterschiedlich entwickelt hat?
- Welche Möglichkeiten des Schwangerschaftsabbruchs besteht für Frauen, die aufgrund ihrer Lebenssituation keinen Zugang zu medizinischer Grundversorgung in der näheren Umgebung in Anspruch nehmen können?

Diskutieren werden: Dörte Frank Bögner (1. Vorstandsvorsitzende des Bundesverbandes pro familia), Sabine Ramb (Ärztin aus Marburg), Kristina Hänel (Ärztin aus Gießen), Alicia Baier (doctors for choice aus Berlin) und natürlich Mitarbeiter\*innen von pro familia Marburg.